

## Medienmitteilung

8. März 2024

### EU-Verhandlungsmandat verabschiedet

## Bundesrat geht von falscher Ausgangslage aus

- Der Bundesrat will die Verhandlungen über das Rahmenabkommen 2.0 mit der EU noch im März starten – weitgehend auf den Eckwerten, die er Ende 2023 vorgelegt hat.
- Ermutigt durch verschiedene Verbandsvertretende will der Bundesrat «einen massgeschneiderten Zugang zum EU-Binnenmarkt» sichern. Die Erfahrungen zahlreicher Schweizer Unternehmer und Manager in den EU-Märkten widersprechen jedoch der Argumentation dieser Verbände.
- Schweizer Unternehmen geniessen seit dem Freihandelsabkommen von 1972 einen privilegierten Zugang zu den EU-Märkten. Sie sind in der EU vor allem deshalb erfolgreich, weil sie innovativ sind – nicht wegen Verträgen. Allerdings hat die EU wirtschaftlich seit 1992 an Bedeutung eingebüsst. Und diese Tendenz setzt sich fort.
- Der Preis für das Andocken an den EU-Binnenmarkt ist für einen Grossteil der Schweizer Wirtschaft klar zu hoch. Die zunehmende EU-Bürokratisierung – die auch das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO sorgenvoll beobachtet – dürfte mittelfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erheblich schwächen. Das sieht eine Mehrheit der Bevölkerung ähnlich, wie eine Umfrage von «20 Minuten» (Stand 8. März 2024) zeigt. Von knapp 6500 Leuten wünscht nicht einmal ein Fünftel eine neue Lösung mit der EU.
- **autonomiesuisse** appelliert an den Bundesrat, sich auf die Erfolgspfeiler des Erfolgsmodells Schweiz zurückzubedenken. Die Schweiz kann ihren Wohlstand mit den bisherigen Verträgen besser erhalten als mit einer Anbindung an die EU – sogar dann, falls einzelne Binnenmarktverträge wegfallen sollten. **autonomiesuisse** wird sich weiterhin für einen weltoffenen, freien und erfolgreichen Wirtschaftsplatz Schweiz einsetzen.

## Keine Grundlage für Win-win-Partnerschaft

«Für die Schweiz ist ein massgeschneiderter Zugang zum EU-Binnenmarkt wichtig. Mit der Aktualisierung von fünf bisherigen und mit zwei neuen Binnenmarktabkommen, mit verbindlicheren Kooperationen und mit einer Verstärkung des Schweizer Beitrags soll die Beziehung Schweiz-EU weiterentwickelt und stabilisiert werden», schreibt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA.

Mit dieser Argumentation will der Bundesrat noch im März 2024 die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen 2.0 aufnehmen. Irrführend ist dabei schon die Bezeichnungsweise «Bilaterale III», da es sich faktisch nicht um eine Lösungssuche auf Augenhöhe, sondern um eine einseitige Anbindung des «Juniorpartners» an die Zentrale in Brüssel handelt.

Aus der unternehmerischen Sicht von **autonomiesuisse** bietet das «Common Understanding» des Bundesrats keine Grundlage für eine langfristige «Win-win-Partnerschaft». Der Preis für das Andocken an den EU-Binnenmarkt ist für Grossteile der Schweizer Wirtschaft zu hoch. Denn im Zug der dynamischen Rechtsübernahme und der EU-Bürokratisierung dürften die freiheitlichen Rahmenbedingungen in unserem Land erodieren. Damit könnte es seine Position als Innovationsweltmeisterin verlieren – verbunden mit einer entsprechenden Wohlstandseinbusse.

## EU-Märkte verlieren an Bedeutung

Offensichtlich ist es der Politik nur schwer vermittelbar, dass der Erfolg auf den internationalen Märkten nicht in erster Linie von Verträgen abhängt, welche auf die Verwaltung und Verbände zurückgehen, sondern von der Innovationskraft privater Unternehmen. Mit Blick auf den EU-Binnenmarkt sind Schweizer Unternehmen bereits seit dem Freihandelsabkommen von 1972 in einer privilegierten Stellung. Dies ist und bleibt der wichtigste Vertrag der Schweiz mit der EU.

Amerikanische, chinesische, japanische und koreanische Unternehmen – und viele andere – haben nicht einmal diesen Startvorteil, operieren aber dennoch höchst erfolgreich auf den Märkten der EU. Der Grossteil des Wachstums dürfte in den nächsten Jahren allerdings ausserhalb des EU-Raums erfolgen. So hat die

USA schon längst Deutschland als wichtigsten Handelspartner überholt. Hauptprofiteur des Freihandelsabkommens ist letztlich die EU: Sie erzielt mit der Schweiz nämlich regelmässig einen Handelsbilanzüberschuss.

Es widerspricht jeder unternehmerischen Logik, dass die Schweiz nicht nur unvorteilhafte Verträge unterzeichnen will, sondern dafür auch noch bereit ist, tief ins Portemonnaie zu greifen. Insgesamt hat sie Zahlungen von gut 1,5 Milliarden Franken pro Jahr an EU-Mitgliedsstaaten und EU-Programme zugesichert.

Mit Ausnahme der von Grosskonzernen dominierten economiesuisse – deren Manager oftmals Expats mit eher kurzfristigem Engagement sind – sehen zahlreiche Schweizer Wirtschaftsvertreter das Vorpreschen des Bundesrats skeptisch. Mittelständische Unternehmen und Familienunternehmen wollen den Werkplatz Schweiz stärken. Sie sind sich bewusst, dass dies nur möglich ist, wenn sich die Schweiz ihre Rahmenbedingungen selbst geben kann. Darum darf sie sich nicht institutionell an die an Bedeutung verlierende EU binden.

## Initiative der Schweizer Wirtschaft

autonomiesuisse ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmern und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

autonomiesuisse zählt über 750 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann sich auf [autonomiesuisse.ch/mitmachen](https://autonomiesuisse.ch/mitmachen) einbringen.

## Kontakt

Als Leitungsausschuss des Co-Präsidiums von **autonomiesuisse** stehen wir Ihnen gerne für Auskünfte rund um das Rahmenabkommen Schweiz-EU aus wirtschaftlicher und unternehmerischer Perspektive zur Verfügung.

**Dr. Hans-Jörg Bertschi**

+41 79 330 50 72

[hans-joerg.bertschi@bertschi.com](mailto:hans-joerg.bertschi@bertschi.com)

**Prof. em. Dr. Giorgio Behr**

+41 79 430 44 21

[giorgio@behr.ch](mailto:giorgio@behr.ch)

**Dr. Alexandra Janssen**

+41 79 725 95 26

[alexandra.janssen@ecofin.ch](mailto:alexandra.janssen@ecofin.ch)

**Dr. Hans-Peter Zehnder**

+41 79 330 58 08

[hans-peter.zehnder@zehndergroup.com](mailto:hans-peter.zehnder@zehndergroup.com)

## Social Media

